



James Callaghan Lord Callaghan of Cardiff, geboren 27. März 1912. Britischer Politiker (Labour). Verläßt die Schule im Alter von 14 Jahren. Steuerbeamter. 1936 stellvertretender Geschäftsführer des Bundes der Steuerbeamten. Meldet sich 1942 freiwillig zur Royal Navy, wird Offizier. 1945 Mitglied des Unterhauses, ab 1947 Parlamentarischer Staatssekretär und ähnliche Funktionen. 1964–1967 Schatzkanzler, dann bis 1970 Innenminister. 1974 als Außenminister Verhandlungen über die Bedingungen der EG-Mitgliedschaft Großbritanniens. 1976–1979 Premierminister. Seit 1987 Mitglied des House of Lords.

The Right Honourable James Callaghan

P.C.M.P. Secretary of State For Foreign and Commonwealth Affairs

„Das Europa von morgen bauen“

Meine Damen und Herren! Es ist für mich ein sehr großes Vergnügen, die Freie und Hansestadt Hamburg, wie Sie sagen, zu besuchen, um vor Ihrem berühmten Club, dem Übersee-Club, zu sprechen; eine Ehre, hierherzukommen, und ich komme direkt aus einer großen deutschen Stadt – Berlin – in eine andere.

Ich bitte um Entschuldigung dafür, daß ich meinen Vortrag nicht auf deutsch vortragen kann, im Gegensatz zu dem berühmten Sohn Ihrer Stadt, Helmut Schmidt, der zur Konferenz der Labour Party kam und uns in fließendem Englisch ansprach. Es tut mir leid, denn ich kann mir recht gut vorstellen, daß mein Vortrag auf deutsch besser klingen würde als im Englischen. Ich finde ihn gewöhnlich besser in der Übersetzung; die Dolmetscher machen etwas viel Besseres daraus. Aber ich habe mich gefreut, die Einladung anzunehmen, denn dies ist mein zweiter Besuch in Ihrer sehr eindrucksvollen Stadt in weniger als zwölf Monaten, und ich möchte in aller Öffentlichkeit meine Anerkennung zum Ausdruck bringen für Ihr hohes internationales Ansehen und die Achtung, die Ihre Prosperität in aller Welt genießt.

Sie, Herr Präsident und Professor, haben sich auf die historischen Bande bezogen, die unsere Schicksale eng miteinander verknüpften. Das ist wahr. Aber es sind nicht einfach historische Bande. Ich glaube, im Verlauf der Jahrhunderte haben Sie und wir die gleichen Interessen gehabt, denn wir hatten eine gemeinsame, nach außen orientierte Haltung gegenüber der übrigen Welt.

Für die City von London sind Sie historisch gesehen „die Easterling“ (die Ostländer), und die Londoner City weist noch heute Zeichen der Freundschaft aus, die zwischen uns während vieler Jahrhunderte bestanden hat. Sie selbst, Herr Präsident, haben darauf Bezug genommen, und ich stieß dieser Tage bei der Vorbereitung für diesen Vortrag auf ein interessantes Beispiel hierfür, als ich las, daß vor 300 Jahren König Karl II. von England der Freien und Hansestadt Hamburg Handelsprivilegien gewährte, Privilegien, die niemandem sonst eingeräumt wurden, und zwar (und hier zitiere ich aus Karls II. Erlaß im Jahre 1662) aufgrund „der Freundschaftsbande, die Jahrhunderte hindurch geblüht haben“.

Wenn er nun aber bereits vor 300 Jahren sagen konnte, daß unsere Beziehungen „die Jahrhunderte hindurch geblüht haben“, so können Sie und ich mit Recht behaupten, daß Geschichte und Handel uns seit Hunderten von Jahren geeint haben.

Und ich sollte auch die Kultur nicht vergessen. Schließlich haben Sie uns Mendelssohn ausgeliehen, und wir haben uns 150 Jahre später mit den Beatles revanchiert. Ich weiß nicht recht, ob Sie das als einen fairen Austausch betrachten. Jedenfalls weiß ich, daß die F.V.S.-Stiftung in Hamburg alljährlich hervorragende britische Künstler und Artisten mit ihren Preisen auszeichnet.

Herr Präsident, wir haben auf beiden Seiten unter den Folgen des Nazi-Regimes gelitten, und es bereitete mir bei meinem Besuch im Juli letzten Jahres hier große Genugtuung zu sehen, daß Ihre Stadt wieder aufgebaut ist und daß unsere Beziehungen, die durch den zweiten Weltkrieg unterbrochen wurden, jetzt wieder neu geknüpft sind.

Ich danke Ihnen sehr für die Herzlichkeit des Empfangs und Ihre Freundlichkeit mir gegenüber, die mir seit meiner Ankunft in Ihrer Stadt überall zuteil wurden.

Den Titel meiner heutigen Rede, „Das Europa von morgen bauen“, habe ich ganz bewußt gewählt. Es beweist nur, wie leichtfertig ich geradezu danach giere, mir Rügen einzuhändeln, denn ich kann mir nicht vorstellen,

daß jemand wie ich sich einen provozierenderen Titel für einen Vortrag auswählen könnte. Aber ich möchte zu Ihnen von dem Europa der Neun sprechen, von dem größeren Europa, das auch jene Länder umfaßt, die nicht Mitglieder der Gemeinschaft sind, und von unseren Beziehungen zur Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten. Ich möchte ferner zur Diskussion stellen, welchen Beitrag unsere beiden Länder – die Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien – zum Frieden und zum Wohlstand unserer Bevölkerung sowie zur engeren Einheit unseres Kontinents im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts leisten können.

Nun, der Titel selbst, „Das Europa von morgen bauen“, bringt meinen Glauben an die Zukunft der Gemeinschaft zum Ausdruck, denn wir haben trotz unserer weltweiten Beziehungen und Bande in Großbritannien seit langem Großbritanniens Rolle in Europa erkannt. Und erst im vergangenen Jahr lieferte das britische Volk mit dem Ergebnis des über unsere Mitgliedschaft abgehaltenen Referendums einen überzeugenden Beweis für seine Anerkennung der Rolle Großbritanniens in der Gemeinschaft.

Und mit der Erzielung dieses Resultats zolle ich hier, in der Stadt Hamburg, Helmut Schmidt Tribut, der uns während der Periode der Neuverhandlungen stets hilfreich zur Seite gestanden und, wie ich bereits ausführte, im Herbst 1974 einen hervorragenden Beitrag zum Labour-Parteitag geleistet hat. Er half, die Haltung des britischen Volkes von schwankender Unentschlossenheit in positive Bejahung umzuwandeln.

Nachdem wir nun eine klare Entscheidung haben, beabsichtigt die britische Regierung eine positive und konstruktive Rolle in der Gemeinschaft zu spielen, wenngleich es nicht der Wahrheit entspräche, wollte ich Sie glauben machen, daß man sich in Großbritannien darüber einig sei, welcher Art unser Beitrag sein sollte oder auch welche Art von Europa wir aufzubauen streben.

Und um bei der Wahrheit zu bleiben, ich habe das Gefühl, daß die gleichen Diskussionen auch in den anderen und älteren Mitgliedern der Gemeinschaft als wir stattfinden. Wie gesagt, solche Differenzen bestehen auch in anderen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft. So wie Christoph Kolumbus, als er zu seiner Entdeckungsreise aufbrach, werden vielleicht auch wir einmal feststellen, daß wir ganz woanders landen, als wir erwarteten.

Ein englischer Publizist erklärte unlängst, der Unterschied zu jenen, die mit der Entwicklung Europas zu tun hätten, liege bis zu einem gewissen Grad in der unterschiedlichen Art unserer Ausdrucksweise begründet.

Lassen Sie mich hierfür ein Beispiel nennen. Ich persönlich würde das Wort „Krise“ nicht gebrauchen, um den politischen oder den institutionellen Zustand der Gemeinschaft zu beschreiben. Das Wort „Krise“, wenn überhaupt benutzt, sollte richtiger auf die wirtschaftliche Situation angewandt werden: Es beinhaltet Arbeitslosigkeit und Inflation und fehlende Industrie-Investitionen. Es beinhaltet unsere Zahlungsbilanz, und – hier flechte ich die Anmerkung ein – ich selber bin nicht der Ansicht, daß vor dem Hintergrund der Geschehnisse von 1973/74 irgendeine engere Einheit unter uns oder irgendwelche neuen Institutionen diese Übel im Zuge der Entwicklungen von 1973 und 1974 hätten abwenden können.

Ebensowenig billige ich jenes andere beliebte Klischee von Publizisten und Experten, die ständig behaupten, daß „die Gemeinschaft zusammenbricht, wenn nicht ...“, und die dann als nächstes ihre favorisierten Heilmittel anpreisen, die ihren Worten nach, wenn nur angewandt, die Katastrophe (so behaupten sie) abwenden würden.

Ich hege eine optimistischere und, wie ich glaube, realistischere Meinung von der Gemeinschaft, nachdem ich nun seit fast zwei Jahren im Ministerrat sitze, beobachtend, lernend und teilnehmend; und meine Schlußfolgerung ist diese:

Die Gemeinschaft ist fest etabliert. Es besteht nicht die geringste Aussicht, daß sie zusammenbricht. Im Gegenteil, mit jedem weiteren Jahr wird es um so undenkbarer, daß sie auseinanderfällt.

So schlage ich vor, daß wir also Worte wie Krise, Zusammenbruch, Desintegration, Katastrophe aus dem europäischen Wortschatz verbannen.

Wenn wir aufhören, uns einer solchen Ausdrucksweise zu bedienen, dann werden wir in der Lage sein, uns der wirklichen Frage zu stellen, die lautet: Wie kann die heutige Generation europäischer Staatsmänner und europäischer Völker gewährleisten, daß die Entwicklung der Gemeinschaft in einer Weise verläuft, die Einfluß und Prosperität der Bürger ihrer Mitgliedstaaten mehrt?

Natürlich würde ich nicht behaupten wollen, daß die Unterschiede zwischen denen, die in der einen oder anderen Weise argumentieren, nicht rein rhetorischer Art seien. Das würde nicht stimmen. Es bestehen wirkliche Unterschiede in wesentlichen Dingen. Zum Beispiel glauben viele, daß der einzige Weg nach vorne eine spezifisch supranationale oder föderative Route ist. Andere ziehen das zwischenstaatliche Konzept vor, demzufolge ihren nationalen Parlamenten gegenüber verantwortliche Minister entscheiden, was sie gemeinsam zu tun wünschen, und es dann auch tun.

Für jede der beiden Möglichkeiten spricht vieles, und Varianten von beiden sind denkbar. Doch als Politiker, der sein Amt – und dies ist etwas, das jeder Politiker immer im Auge behalten muß: welches ist die Quelle seiner Stellung? Warum ist er da, wo er ist? Ich bin heute abend, trotz Ihrer Höflichkeit, nur deshalb hier, weil ich die Unterstützung meiner Wählerschaft in Cardiff und meiner Kollegen in Westminster habe. Und so stelle ich mir die Frage, welches ist die realistischere Möglichkeit und welche die mutmaßlich akzeptablere.

Meine persönliche Schwierigkeit mit dem klassischen supranationalen Konzept besteht darin, daß es nicht in genügendem Maße die Geschichte Europas oder auch nur Großbritanniens berücksichtigt. Man erstickt ein starkes Bewußtsein nationaler Identität nicht, indem man versucht, es in einer umfassenderen amorphen Loyalität untergehen zu lassen.

Achten Sie auf die Wahl meiner Worte: Ich gebrauche den Ausdruck „nationale Identität“, da in Teilen der Gemeinschaft, und dazu gehört mein Land, dieses Empfinden sehr stark ausgeprägt ist. Ich verwende nicht das Wort „Nationalismus“, denn das ist ein Empfinden, von dem ich nichts halte. Und ich unterscheide zwischen nationaler Identität und Nationalismus.

Der Nationalismus hat viel Schaden angerichtet und ist ein veralteter Weg zu versuchen, die Probleme der modernen interdependenten Welt zu lösen, in der keine Nation, noch nicht einmal die mächtigen Vereinigten Staaten, allein für sich überleben kann. Doch es ist meine Überzeugung, daß wir unser tiefverwurzeltes Gefühl nationaler Identität auf eigene Gefahr ignorieren.

Ein Gefühl der Identität mit den Landsleuten, ein Gefühl des Stolzes auf das Heimatland ist etwas Kostbares, etwas, auf dem zum allgemeinen Wohl aufgebaut werden muß, und nicht etwas, das als nutzlos in die Rumpelkammer der Geschichte abgeschoben werden sollte.

Daher möchte ich die Warnung aussprechen, daß übereilte Bemühungen, ein Gefühl nationaler Identität zugunsten einer europäischen Identität aufzugeben, damit enden könnten – ich hoffe und vertraue darauf, daß dies nicht geschehen wird –, daß die Übel des Nationalismus wieder aufleben würden.

Vor dem Hintergrund dieser Gedanken und im Bemühen, meine eigene politische Einstellung zu formulieren, las ich den Bericht des belgischen Premierministers Tindemans, der – so glaube ich – zu einem späteren Zeitpunkt vor Ihnen sprechen wird. Ich erhielt seinen Bericht, während ich diese Rede vorbereitete, und ich habe ihn mit Interesse und Bewunderung gelesen, denn es scheint mir, daß Herr Tindemans bestrebt war, diesen Irrtum zu vermeiden.

Er hat versucht, keine weitere Auseinandersetzung über Für und Wider des föderativen oder supranationalen Konzepts einerseits und des zwischenstaatlichen Konzepts andererseits herauszufordern. Er hat versucht, keine weitere Diskussion über die Frage herauszufordern, wo sich die Gemeinschaft zur Zeit unserer Enkel wahrscheinlich befinden wird. Statt dessen hat er aus dem gesamten Bereich der unsere Länder tangierenden Fragen diejenigen Themen herausgegriffen, an denen wir, wie er glaubt, in den kommenden Jahren gemeinsam arbeiten können, um zu einem größeren

Maß an Einheit zu gelangen.

Er ist ein Föderalist, und – wie Sie wissen – ich bin es nicht: Und trotz seiner anerkennenswerten Versuche, die Kontroverse zu dämpfen, möchte ich behaupten, daß die Auseinandersetzungen andauern und, so hoffe ich, eines Tages beigelegt werden – vielleicht nicht von uns, sondern vielleicht von unseren Kindern.

Unterdessen unterstützte ich das Generalthema von Herrn Tindemans– ich unterstützte es –, daß ein Erfolg der Gemeinschaft im Interesse aller unserer Völker liegt. Sie werden heute abend sicherlich nicht von mir erwarten, eine endgültige Stellungnahme zu den zahlreichen Vorschlägen und Anregungen des Tindemans-Berichts abzugeben.

Einige von ihnen entsprechen meinen eigenen Vorstellungen, doch ich kann keinen offiziellen Kommentar dazu abgeben, und Sie waren so freundlich, Herr Präsident, mich von einer solchen Verpflichtung zu entbinden, indem Sie sagten, daß ich als Ihr Freund und nicht einfach als ein Mitglied der britischen Regierung heute hier sei. Und meine Kollegen in der britischen Regierung haben sicherlich noch nicht die Gelegenheit gehabt, den Bericht zu erörtern oder mit der ihm zukommenden Ausführlichkeit zu studieren oder auch nur die in ihm enthaltenen Vorschläge gemeinsam zu erörtern.

Ich möchte jedoch später einige persönliche Meinungen zu einem der Hauptvorschläge dieses Berichtes, nämlich über die Wirtschafts- und Währungsunion, darlegen.

Beim Aufbau des Europa von morgen gibt es vier Hauptproblermbereiche: erstens die Fragen der Gemeinschaftspolitik, zweitens die Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den anderen Staaten Westeuropas, drittens die Fragen der Ost-West-Beziehungen und viertens die Beziehungen zwischen Europa (und insbesondere der Gemeinschaft) und der übrigen Welt, und zwar sowohl den Industriemächten USA und Japan als auch den Entwicklungsländern.

Nun, beginnen wir zunächst mit der Gemeinschaft. beginnen wir zu Hause. Nach meiner Überzeugung, und ich glaube im allgemeinen nach britischer Überzeugung, ist, wenn wir versuchen, die in der kurzen Zeit seit unserem Beitritt zur Gemeinschaft erlangten Fortschritte zu bewerten, schon auffallend viel erreicht worden.

Lassen Sie mich einige der Ereignisse anführen. Die Erweiterung der Gemeinschaft um drei neue Mitglieder hat ihr die Eigenschaften einer Weltmacht verliehen – nicht einer Supermacht – ich unterscheide zwischen diesen beiden Begriffen – aber einer Weltmacht. Unsere Gemeinschaft verfügt über eine sehr erhebliche wirtschaftliche Stärke. Die Außenwelt wird sich dieser Stärke zunehmend bewußt. (Und die Stärke und Stabilität und der Erfolg Ihrer Wirtschaft in der Bundesrepublik bilden einen wichtigen Bestandteil der Wirtschaftsstärke der Gemeinschaft insgesamt. Und ich beglückwünsche Sie alle zu dem von Ihnen erreichten Erfolg.)

Nun, ein weiteres Beispiel ist die Art und Weise, in der die Beziehungen der Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern auf eine völlig neue Grundlage gestellt worden sind. Das Abkommen von Lomé wurde mit 46 Staaten aus drei Kontinenten, dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum, geschlossen. Dieses Abkommen ist sowohl ein quantitativer als auch ein qualitativer Fortschritt gegenüber allem, was ihr vorangegangen ist.

Vielleicht billigen Sie mir die Behauptung zu, daß das Abkommen von Lomé der britischen Erfahrung und unserer Mitgliedschaft und unseren Verbindungen im Commonwealth vielleicht einiges zu verdanken hat.

Auch konnten wir, und haben dies gern getan, zu der sich entwickelnden Position der Gemeinschaft und anderer Industrienationen in der Frage der Güter und Rohstoffe beitragen, die auf die Initiative des britischen Premierministers anlässlich des Treffens der Commonwealth-Regierungschefs im Mai letzten Jahres in Jamaika folgte, bei dem 34 Mitgliedstaaten vertreten sind und auch damals vertreten waren; 34 Mitglieder des Commonwealth im Mai letzten Jahres. (Sollte irgend jemand annehmen, daß ich nicht weiß, wie viele wir haben, so sollte ich vielleicht

hinzufügen, daß seither ein Mitgliedsland die Unabhängigkeit gewonnen hat, so daß es jetzt 35 Mitglieder gibt. Ich möchte nicht, daß irgendein Pressevertreter denkt, daß ich nicht ganz sicher sei.)

Es ist außerdem britische Politik, die Gemeinschaft zu einer Entwicklungshilfepolitik auf weltweiter Basis zu veranlassen, um die Spannungen zwischen reich und arm zu vermindern. Ich muß feststellen, daß wir in dieser Richtung noch sehr viel mehr erreichen müssen, und wenn wir Erfolg haben sollen, wird die Bundesrepublik einen wesentlichen Teil dazu beizutragen haben.

Im Bereich der politischen Zusammenarbeit erzielt die Gemeinschaft ebenfalls eindrucksvolle Fortschritte. Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa hatte von Anfang bis Ende sehr viel der Tatsache zu verdanken, daß die Neun mit Hilfe der Kommission gemeinsame Positionen und Verfahrensweisen ausarbeiteten, bevor wir uns mit den anderen Ländern Europas trafen. Und hierbei haben Ihr Land und meines eine führende Rolle gespielt.

Unsere Beziehungen, die Beziehungen der Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten stehen auf einer sehr viel festeren Basis als früher, und auch hier glaube ich, den Anspruch erheben zu können, daß unsere beiden Länder – Ihres und meines – wesentlich dazu beigetragen haben, das alte Vertrauen zwischen der Neuen Welt und Europa wiederherzustellen.

Der Dialog zwischen der Gemeinschaft und den arabischen Ländern, der sogenannte euro-arabische Dialog, macht stetig Fortschritte.

Ich weiß auch aus persönlicher Erfahrung, daß unsere Bemühungen, als Mitglieder der Gemeinschaft unsere Politik in der UNO zu koordinieren, häufiger zum Erfolg als zum Fehlschlag führen. Natürlich mißlingt es uns auch manchmal, aber unsere Bemühungen haben doch Erfolg, und es findet wirklich eine sehr echte Diskussion zwischen uns statt.

Die Diskussion unter den Außenministern der Neun im Rahmen der europäischen politischen Zusammenarbeit wird ständig umfassender und beginnt alle Teile der Welt zu berühren, und in solchen Diskussionen gibt es zahlreiche Bereiche, in denen die besondere Erfahrung Großbritanniens – eine Folge unserer Geschichte und unserer weltweiten Kontakte – es uns ermöglicht, so hoffen wir, einen lohnenden Beitrag zur Gestaltung einer europäischen Außenpolitik zu leisten.

Kurzum, europäische Staatsmänner sind dabei, einen – wie ich es nenne – „Koordinierungsreflex“ zu entwickeln, das heißt eine instinktive Gewohnheit, sich gegenseitig ständig zu konsultieren, um gemeinsame Antworten auf sich ergebende Probleme zu finden.

Nehmen wir zum Beispiel Portugal. Meiner Ansicht nach wird die Entwicklung dieses Landes zu einer Demokratie in erheblichem Maße von den von den Neun gemeinsam eingenommenen Positionen sowie von unserer Unterstützung der demokratischen Kräfte in jenem Lande beeinflußt, der Kräfte, die selbst einen so bewundernswerten Kampf durchstehen.

Selbstverständlich bringt der Koordinierungsreflex nicht immer die richtige Antwort zustande. Meine Kollegen, die anderen Außenminister, könnten mühelos Beispiele finden, die zeigen, daß die Zusammenarbeit bei bestimmten Fragen versagt hat, aber keiner von uns, glaube ich, würde leugnen, daß die Gepflogenheit, zusammenzuarbeiten, sich immer mehr vertieft und daß die Bande zwischen uns, der Koordinierungsreflex, täglich stärker werden; daß wir bei weitem nicht mehr in dem Ausmaß wie noch vor wenigen Jahren getrennte Einzelmaßnahmen aufgrund eigener Initiative ohne vorherige Konsultation ergreifen.

Bemerkenswert ist auch, nicht wahr, daß andere Teile der Welt besondere Bindungen zur Gemeinschaft für nützlich halten, wie die Zahl der bereits in Kraft getretenen Vereinbarungen veranschaulicht.

China (aus Gründen vielleicht, die wir, so glaube ich, verstehen können), China begrüßt die Aussichten auf eine weitere europäische Integration und ernennt einen Botschafter bei der Gemeinschaft, ein Schritt, den wir begrüßen.

Kanada und der Iran bemühen sich um besondere Beziehungen zur

Gemeinschaft. Viele Länder außerhalb Europas suchen heute bei der Gemeinschaft Interesse und Unterstützung, weil sie die Möglichkeit von Beziehungen besonderer Art zu einer Weltmacht sehen, die keine Supermacht ist.

Ich stelle also fest, und dies zu Recht, daß in all diesen Fragen Fortschritte erzielt werden.

Wenden wir uns jedoch, so glaube ich, der internen Entwicklung der Gemeinschaft zu, so wird die Kritik lauter. In den letzten zwei Jahren wurde die Gemeinschaft aufgrund des wirtschaftlichen Schocks, der durch die Weltrezession, die Inflation und den Anstieg der Weltpreise verursacht wurde, einer harten Prüfung unterzogen.

Es gibt Menschen, die glauben, daß die Gemeinschaft nicht dadurch Fortschritte macht, indem sie die Probleme untersucht, bevor sie entstehen, sondern dadurch, daß sie von einer Krise in die andere hineinschlittert. Sie hätten vielleicht erwartet, daß die Geschehnisse der letzten zwei Jahre zu einer dramatischen Beschleunigung der inneren Entwicklung der Gemeinschaft führen würden. Das war aber nicht der Fall, wenngleich auch hier wiederum, meine ich, fairerweise gesagt werden muß, daß man sich unserer gegenseitigen Interdependenz zunehmend bewußt wird.

Doch gleichzeitig mit dieser Erkenntnis unserer gegenseitigen Interdependenz ist auch parallel dazu die Überzeugung gewachsen, daß die Ursachen der Inflation und Arbeitslosigkeit so tief sitzen, daß sich die Gemeinschaft im Alleingang nicht von deren Auswirkung isolieren kann, sondern vielmehr auf Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten, mit Japan und den Entwicklungsländern angewiesen ist.

Herr Präsident, ich unterstelle, daß, selbst wenn es eine volle europäische Wirtschafts- und Währungsunion gegeben hätte, wir nicht imstande gewesen wären, die Gemeinschaft aus der weltweiten Rezession herauszuhalten. Es genügt nicht, daß eine Wirtschafts- und Währungsunion nach wie vor ein Ziel für die Zukunft ist, wenn noch immer keine Einigung darüber besteht, was zu ihrer Verwirklichung erforderlich ist. In seinem Bericht erklärt Herr Tindemans zu dieser Frage (ich zitiere): „Ich bin nicht in der Lage, eine fertige Lösung für Probleme vorzuschlagen, die lange analysiert und erörtert worden sind.“ Ich beglückwünsche ihn zu seinem Realismus und zu seiner Bescheidenheit.

Er verweist darauf, daß, was das zentrale Problem angehe, niemand für sich in Anspruch nehme, eine Lösung gefunden zu haben, die für alle Mitgliedstaaten akzeptabel sei. Das ist zweifellos der Kern der Sache.

In Wahrheit nämlich kann die Gemeinschaft keine raschen Fortschritte in Richtung auf eine Wirtschafts- und Währungsunion erzielen ohne massive Verlagerung von Ressourcen von den reichereren zu den ärmeren Mitgliedstaaten.

Ich persönlich glaube nicht, daß ein solcher Vorschlag leicht zu realisieren sein wird, und ebensowenig dürfte, vermute ich, der deutsche Steuerzahler wohl dieser Ansicht sein, der für solche Verlagerungen zu zahlen hätte.

Der Tindemans-Bericht gibt dies unausgesprochen zu und empfiehlt daher ein Gemeinschaftskonzept, wonach sich jeder auf die gleichen endgültigen Ziele hinbewegen würde, jedoch solche Mitglieder, die zu stärkerer Integration auf dem wirtschaftlichen und währungspolitischen Sektor imstande sind, ermutigt würden, den anderen voranzugehen. Er führte dabei ein Gleichnis von Konvoys an, dem ich mich selbst nicht anschließen will. In Großbritannien werden wir dieses Konzept natürlich sorgfältig prüfen, denn wenn es von einem Mann wie Herrn Tindemans kommt, der sich so eingehend mit europäischen Angelegenheiten befaßt, erfordert es eine sorgfältige Prüfung, und ich bin sicher, daß Sie dies ebenfalls tun werden.

Ich möchte jedoch einige Zweifel ausdrücken. Wir alle müssen bedenken, daß es wirtschaftliche und noch mehr politische Folgen haben könnte, die nicht direkt erkennbar sind, nicht unmittelbar in Erscheinung treten würden und zweifellos bei Gründung der Gemeinschaft nicht vorhergesehen wurden.

Diese Folgen könnten verstärkt zutage treten bei der Aufnahme neuer Mitgliedstaaten, wie Griechenland und Portugal zu gegebener Zeit und

vielleicht anderer. Wie Sie wissen, wird Griechenlands Antrag auf Beitritt zur Gemeinschaft gegenwärtig von der Kommission geprüft und hat sowohl die Unterstützung der Bundesrepublik wie die Großbritanniens; und ich zweifle nicht daran, daß im Laufe der Jahre weitere Anträge folgen werden.

Ehe nun der Gedanke einer „zweistufigen“ Gemeinschaft akzeptiert wird, müssen wir die Frage beantworten, ob das Ergebnis nicht das Gegenteil dessen sein könnte, was Herr Tindemans und wir anderen uns wünschen.

Ich meine folgendes, und ich bitte Sie, diese Frage zu prüfen: Würde die Einführung zweier Stufen die Trennungen zwischen den Mitgliedstaaten gegenüber jetzt vertiefen und vielleicht endgültiger machen, als wenn wir bei einer einzigen Stufe blieben?

Wenn sich nach einer gewissen Zeit die Ansicht, daß die zweite Stufe den gleichen Stand erreichen werde wie die erste, als falsch erweisen und sich statt dessen der Abstand zwischen der ersten und der zweiten Stufe wesentlich verbreitern sollte, dann könnte dies ernste Folgen für die Zukunft der Gemeinschaft haben.

Ich sagte bereits, daß meiner Auffassung nach die Gemeinschaft von Dauer sein wird. Das ist mein fester Glaube. Der einzige Zweifel, den ich hierbei noch habe, lautet, ob die Schaffung zweier Stufen letzten Endes, entgegen dem Wunsch derer, die sie befürworten, zu einem Auseinanderbrechen der Gemeinschaft führen könnte. Ich glaube, dies ist die Frage, auf die wir in der nun folgenden Debatte eine Antwort suchen müssen. Ich glaube, wir würden nicht wollen, daß unsere Kinder die politischen Folgen davon zu tragen hätten.

Ich habe gesagt, daß die britische Regierung diese Angelegenheit bislang noch nicht geprüft hat, und daher beschränke ich mich heute abend darauf, einige der Fragen anzuschneiden, die eine Antwort verlangen. Doch verhehle ich nicht meine eigenen ernsten Zweifel an diesem Vorschlag, und ich bringe ihn vor, weil ich nicht möchte, daß die Gemeinschaft scheitert, sondern weil ich möchte, daß die Gemeinschaft Erfolg hat.

Was Europas unmittelbare Aufgaben betrifft, so wird 1976 das Jahr sein, in dem die derzeitige Rezession die Talsohle erreicht und sich die Aussichten auf Beschäftigung, auf Investition und auf Wachstum in unseren Volkswirtschaften allgemein zu bessern beginnen.

Für Großbritannien wird es ein Jahr sein, in dem wir die verheerenden Folgen der Inflation und Arbeitslosigkeit weiter bekämpfen und überwinden werden. Es wird auch eine Zeit sein, in der die Politik der industriellen Umstrukturierung verstärkt vorangetrieben wird.

Großbritannien wird sich mit den Forderungen nach Einfuhr von Maschinen und Vornahme neuer Kapitalinvestitionen auseinanderzusetzen haben, um diese so wichtige Umstrukturierung durchführen zu können, und es wird auch weiterhin Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten geben.

Diese Schwierigkeiten selbst werden eine Gefahr für den Zusammenhalt und die Entwicklung der Gemeinschaft darstellen, und sie sind daher nicht bloß ein Problem für das jeweils betroffene Land, sondern vielmehr ein Problem der Gemeinschaft.

Großbritannien wird sich bald mit allen Konsequenzen des Freihandels innerhalb der Gemeinschaft auseinanderzusetzen haben. Wir können keinesfalls zulassen, daß unser 54-Millionen-Volk in der Gemeinschaft eine periphere Stellung einnimmt. Wir müssen sicherstellen, daß unsere gemeinsame Politik innerhalb der Gemeinschaft es den Menschen auf unserer übervölkerten Insel erlaubt, gedeihlich zu leben. Wir bekommen allmählich die Inflation in den Griff, und dies ist der erste entscheidende Schritt zur Verringerung der Arbeitslosigkeit ebenso wie zu stabileren Wechselkursen.

Unsere Gewerkschaften haben sich freiwillig ein Maß an Selbstdisziplin bei Tarifverhandlungen auferlegt, das noch vor zwölf Monaten oder auch vor noch kürzerer Zeit undenkbar erschienen wäre.

Bundeskanzler Schmidt sagte vor kurzem in einem Presse-Interview, das nicht die Beachtung gefunden hat, die es meiner Ansicht nach verdient hätte, denn es war eine sehr interessante Analyse der Weltsituation – aber im Verlauf dieses Interviews sagte Bundeskanzler Schmidt als Antwort auf eine

Frage, es wäre ein Wunder, wenn es unserem Schatzkanzler Denis Healey gelänge, die zwischen 25 und 30 Prozent liegende Inflationsrate des Herbstes vergangenen Jahres bis Ende 1976 auf zehn Prozent herunterzubringen – er sagte, es wäre ein Wunder. Nun, wissen Sie, ich habe den festen Glauben, daß das Zeitalter der Wunder noch nicht vorüber ist, und ich bin in seiner Heimatstadt zu einer bescheidenen Wette mit meinem Freund Helmut bereit, daß es Denis Healey fertigbringen wird, die Inflationsrate bis Ende dieses Jahres auf zehn Prozent zu senken.

Die britische Gewerkschaftsbewegung erkennt die Notwendigkeit der Selbstbeschränkung für die Bekämpfung der Inflation an. Und es gibt auf der Welt keine stärkere Kraft als eine freie Gewerkschaftsbewegung, die ihre Verantwortung akzeptiert.

Der Rückgang der Inflation wird uns dann auch in die Lage versetzen, das Krebsgeschwür der hohen Arbeitslosigkeit, das sich zur Zeit in unsere Gesellschaft hineinfrißt, zurückzudrängen.

Was andere interne Fragen angeht, so hat die Gemeinschaft in der Zeit nach dem britischen Beitritt eine Regionalpolitik formuliert, während britische und deutsche Initiativen für eine Rationalisierung der gemeinsamen Agrarpolitik und eine bessere Finanzkontrolle die Unterstützung des Europäischen Rats gefunden haben.

Wir haben ferner unsererseits der gemeinsam bekundeten Bereitschaft zugestimmt, in uneingeschränkter Zusammenarbeit an allen Fragen in Brüssel mitzuwirken, etwa an konstitutionellen Verbesserungen, Direktwahlen (zu denen ich später noch ausführlicher Stellung nehmen möchte), Paßfragen sowie an der Sozial- und Energiepolitik der Gemeinschaft.

Die regelmäßigen Zusammenkünfte der Regierungschefs fügen der Erarbeitung gemeinsamer Politiken eine wertvolle Dimension hinzu. Ich hoffe, diese Zusammenkünfte werden sich nicht einfach zu einer Berufungsinstanz entwickeln, wenn es dem Ministerrat nicht gelingt, Übereinstimmung zu erzielen. Wir sollten unsere Probleme selbst regeln und es dem Europäischen Rat, den Staatsoberhäuptern und Regierungschefs überlassen, die weitgehendsten Fragen der europäischen Entwicklung zu erörtern. Aber sie sind besonders wertvoll, diese Zusammenkünfte, bei denen ich zugegen war und bescheiden zuhörte, wenn überlegenere und mir vorgesetzte, jedoch leider nicht ältere Männer als ich solche Fragen diskutierten; sie sind besonders wertvoll, weil sie etwas demonstrieren, was meine Generation sehr wohl weiß, nämlich daß die Gemeinschaft mehr ist als ein Marktplatz, auf dem um Butter- und Rindfleischpreise gefeilscht wird (so wichtig beide auch sind).

Wenn sich die Regierungschefs treffen, so hat man sozusagen den greifbaren und lebendigen Beweis vor sich für die historische Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland – die von so nachhaltiger Bedeutung für den Frieden und die Stabilität Europas ist – sowie für die um diese Versöhnung herum entstandene Partnerschaft mit ihren europäischen Nachbarn.

Dies ist an sich bereits Grund genug, warum wir in Großbritannien, weit davon entfernt, die Gemeinschaft aufzuhalten zu wollen, den starken Wunsch haben, weiter an der Einheit mitzubauen, die Frankreich und Deutschland und die anderen Länder bisher erreicht haben. Wir suchen nach praktischen und konkreten Maßnahmen zur Verstärkung der Zusammenarbeit.

Die Gründer-Väter setzten Termine, die im großen und ganzen eingehalten wurden. Sie waren realistisch. 1971 und 1972 jedoch wurden Termine festgesetzt, die selbst damals offenkundig unrealistisch und unerfüllbar waren und daher von einigen unter uns bereits damals kritisiert wurden.

Schlagwörter sind kein Ersatz für Politik, und Selbsttäuschung führt zur Desillusionierung. Wir müssen jetzt retten, was zu retten ist, und eines der Gebiete, auf denen Fortschritte erzielt werden können, ist die Frage direkter Wahlen zum Europäischen Parlament.

Ich muß nebenbei darauf hinweisen, daß die sechs ursprünglichen Mitglieder 17 Jahre Zeit hatten, um in dieser Angelegenheit Fortschritte zu

erzielen, aus diesen oder jenen Gründen aber kaum etwas in dieser Richtung unternommen.

Plötzlich, kurz nachdem Großbritannien, Dänemark und Irland beigetreten waren, wurde 1978 das magische Datum. Dies war das Ziel. Nun, ich beklage mich nicht darüber, ich muß jedoch im Namen des britischen Parlaments genügend Zeit fordern, um das Problem zu erörtern und die politischen, verfassungsmäßigen und finanziellen Folgen eines solchen Schrittes zu prüfen.

Wir arbeiten zur Zeit in Großbritannien an einer umfassenden Studie über alle diese Fragen, ebenso wie andere Mitgliedstaaten dies auch tun. Lassen Sie mich klarstellen, wenn ich dies nicht bereits getan habe, daß es unsere feste Absicht ist, britische Delegierte in das Europäische Parlament wählen und nicht nominieren zu lassen.

Wir wünschen uns ein demokratisches Parlament. Demzufolge wird die britische Regierung in Kürze ihre Vorstellungen zwischen der Regierung und allen größeren politischen Parteien in unserem Lande zur Debatte und eingehenden Diskussion stellen.

Ja, ich habe bereits an die Führer aller anderen größeren Parteien in Großbritannien geschrieben und ihnen dargelegt, welche Art von Programm und Zeitplanung wir erhoffen.

Von den Ergebnissen dieser Diskussionen dürfte es abhängen, ob wir in der Lage sein werden, zu einer Entscheidung darüber zu gelangen, ob wir den für 1978 festgelegten Termin erfüllen können.

Ich habe meinen Landsleuten gesagt, daß die Einhaltung dieses Termins ein umfangreiches gesetzgeberisches Programm, ein hohes Maß an politischer Übereinstimmung und umfangreiche wahltechnische Organisationsarbeit voraussetzt. Dies bis 1978 zu schaffen ist nicht unmöglich, aber es ist keineswegs sicher.

Die Vorbehalte, die ich geäußert habe, sind daher, wie immer, praktischer Natur und nicht Vorbehalte grundsätzlicher Art. Ich möchte mich nicht auf ein spezifisches Datum festlegen, das ich nachher nicht einhalten kann, aber wir werden unser möglichstes tun. Wir werden versuchen, es nach Möglichkeit zu erreichen.

Auch auf einem anderen Gebiet muß die Gemeinschaft größere Anstrengungen unternehmen, um zu einer wirksameren Industriepolitik zu gelangen. Unser eigener Dachverband der britischen Industrie hat diese Angelegenheit mit mir erörtert, und auch die britischen Gewerkschaften denken sehr ernsthaft über diese Frage nach.

Die Kommission sollte sich voll die Erfahrungen der Industrie und der Gewerkschaften zunutze machen. Sie sollte sich nicht zu sehr auf theoretische Konzeptionen stützen. Sie sollte die theoretischen Konzeptionen der tatsächlichen Prüfung anhand realer Erfahrungen in der Welt, in der die Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen müssen, unterziehen. Erst in der vergangenen Woche habe ich einigen Führern der britischen Gewerkschaften versprochen, meinen Kollegen im Ministerrat die Ansichten der Gewerkschaften über die Notwendigkeit zur Kenntnis zu bringen, sie stärker an der Formulierung einer Politik zu beteiligen.

Unser industrielles System in der westlichen Welt durchläuft zur Zeit eine sehr interessante Periode der Umwandlung. Wenn wir erfolgreich daraus hervorgehen sollen, müssen die Gewerkschaften umfassend beteiligt und ihre Mitglieder sehr viel stärker in diesen Prozeß einbezogen werden, als dies bisher von seiten unserer nationalen Regierungen oder der Kommission geschehen ist.

Wir müssen auch der Entwicklung einer Energiepolitik der Gemeinschaft hohe Priorität einräumen, um für die beste Nutzung unserer einheimischen Rohstoffquellen zu sorgen und die Gemeinschaft soweit wie möglich vor den Unberechenbarkeiten der Welthandelsströmungen zu schützen. Auf diesem Gebiet kann Großbritannien viel beitragen.

Wir rechnen damit, ab 1980 auf dem Gebiet der Energie per Saldo Selbstversorgung zu erreichen. Unsere Ölfelder in der Nordsee werden dann zwischen 100 und 130 Millionen Tonnen Öl im Jahr liefern. Ich selbst hoffe,

daß das Volumen eher bei der unteren als bei der oberen Zahl liegen wird. Auch unsere Kohle-Produktion wird dann, so glaube ich sicher, gleichbleibend etwa 120 Millionen Tonnen im Jahr betragen.

Ich bin sehr froh darüber, daß der Gedanke eines Mindestpreises für Öl zwecks Förderung von Forschung und Entwicklung neuer einheimischer Energiequellen jetzt in Europa rasch Anklang findet.

Es wird für die Gemeinschaft eine große Hilfe sein, daß Großbritannien Anfang der achtziger Jahre an die 90 Prozent der gesamten Erdölproduktion der Gemeinschaft und 45 Prozent ihrer Gesamtenergieerzeugung bestreiten wird. Wie ich heute bereits in Berlin sagte, das erste bißchen Glück, das Gott uns seit einem Jahrhundert geschenkt hat. Und wir sind bereit, bei der Ausarbeitung einer Energiepolitik mitzuarbeiten, von der wir alle Nutzen haben werden.

Es wäre eine Unterlassung, in der Liste der Fragen, die beim Aufbau des Europa von morgen noch weitere Arbeit erfordern, unsere Absicht – eine Absicht, die wir mit Ihnen teilen – nicht aufzuführen, nämlich auf eine gemeinsame Agrarpolitik hinzuarbeiten, die auf leistungsfähige Betriebe abgestellt ist, kostspielige Überschüsse vermeidet, neben den Interessen der Bauern auch die der Verbraucher berücksichtigt und auf eine flexiblere und kosteneffizientere Methode der Unterstützung für die Landwirtschaft abzielt.

Der Zeitpunkt nähert sich schnell, da wir mehr tun müssen, als uns nur in Worten zu diesem Ziel zu bekennen.

Herr Präsident, nach den traumatischen Erfahrungen der Vergrößerung der Gemeinschaft und einer Weltwirtschaftskrise stehen wir nun vor diesem Arbeitsprogramm, das überwältigend genug ist. Wenn wir Vertrauen zu uns selbst haben, dann besteht kein Grund, weshalb wir nicht in allen von mir angesprochenen Bereichen Fortschritte machen sollten, insbesondere wenn wir beim Abstecken des einzuschlagenden Kurses das richtige Gleichgewicht zwischen dem nationalen und dem Gemeinschafts-Interesse finden.

Wenn wir von „Europa“ sprechen, müssen wir, wie ich bereits ausführte, sorgfältig unterscheiden zwischen der Gemeinschaft der Neun und denjenigen weiteren Ländern, die sich nicht für den Anschluß an sie entschieden haben. Diesen Unterschied nicht zu machen wäre nicht nur engstirnig, sondern auch alles andere als höflich gegenüber diesen wichtigen Nachbarstaaten.

Ich bin sehr erfreut darüber, daß Großbritanniens frühere EFTA-Partner, die Länder der Europäischen Freihandelszone, zweckentsprechende Handelsabsprachen mit der Gemeinschaft getroffen haben.

Lassen Sie mich besonders auf die Entwicklung auf der Iberischen Halbinsel eingehen. Ein unerschütterlicher Faktor für die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft muß der gemeinsame Glaube an die parlamentarische Demokratie sein. Jede Abweichung von diesem Prinzip würde die Gemeinschaft selber in Gefahr bringen.

Doch unser Engagement für die Demokratie kann nicht einfach passiver Natur sein. Wir hoffen, daß in Spanien ebenso wie in Portugal der ausdrückliche Wunsch besteht, auf ein demokratisches System hinzuarbeiten, und in diesem Falle sollten wir alles in unserer Macht Stehende tun, ihnen zu helfen.

Seit April 1974 hat Portugal schwierige und gefährliche Zeiträume durchlebt. Die gegenwärtige Regierung hat das Land auf einen Kurs gebracht, der auf wirtschaftliche Gesundung ausgerichtet ist, ein Kurs, der auf Seiten der portugiesischen Regierung beträchtlichen Mut verlangt. Und es ist nicht nur ein auf wirtschaftliche Gesundung, sondern auch auf die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie ausgerichteter Kurs.

Die Gemeinschaft hat sich zur finanziellen Unterstützung der portugiesischen Regierung verpflichtet, die eine pluralistische Demokratie anstrebt. Die Gemeinschaft und ihre einzelnen Mitgliedstaaten werden sich daher auch weiterhin verpflichtet fühlen, dem portugiesischen Volk in vollem Maße Unterstützung bei der Erreichung seiner Ziele zu leisten.

Spanien stellt Aufgaben und bietet Möglichkeiten. Die Spanier sind – wie die Portugiesen – ein stolzes Volk. Sie wollen ihr Schicksal selber bestim-

men. Wir wünschen ihnen Gutes. Unsere Hoffnung ist, daß das spanische Volk einen Kurs wählen wird, der demokratische Institutionen und die Respektierung der grundlegenden Menschenrechte in seinem Land mit sich bringt. Daher darf Spanien versichert sein, daß man es bei einer Rückkehr in den Hauptstrom des westeuropäischen politischen Lebens herzlich willkommen heißen wird.

Ich sprach von der Notwendigkeit, Europa auch weiterhin als ein Ganzes zu betrachten. Eine Institution, von der ich hoffe, daß wir sie bei der Verfolgung dieses Ziels nicht aus dem Auge verlieren werden, ist der Europarat selbst. Die Bundesrepublik Deutschland hat mit Herrn Kahn-Ackermann dieser Organisation einen hochstehenden Generalsekretär gestellt.

Ich möchte hier wiederholen, was ich ihm kürzlich in London sagte, als er mich besuchte: Der Europarat leistet, indem er ein Forum für alle Demokratien Westeuropas bietet, einen Dienst, den weder die NATO noch die EG zu leisten vermögen.

Seine achtzehn Mitglieder haben viele gemeinsame Interessen und Probleme, und wir in der Neunergemeinschaft sollten den Europarat als unser erkorenes Werkzeug zur Aufrechterhaltung und Entwicklung wesentlicher Beziehungen zu unseren Kollegen außerhalb der Europäischen Gemeinschaft betrachten.

Aufs wärmste unterstützte ich die Arbeit, die der Europarat bereits leistet, geleistet hat und künftig noch leisten wird, einschließlich der Förderung der Entwicklungen in Spanien und Portugal. Damit baut er weiter auf einem Ruf auf, der bereits in den dunklen Tagen der Diktatur in Griechenland, die glücklicherweise jetzt hinter uns liegen, fest begründet wurde.

Angesichts der verschiedenen zwischen ihnen abgeschlossenen Handelsabkommen sowie angesichts des Rahmens für den politischen Dialog, den der Europarat bietet, sind die Aussichten für eine Zusammenarbeit zwischen den Ländern Westeuropas gut.

Beziehungen zu Osteuropa, denen ich mich jetzt zuwenden möchte, fallen in eine andere Kategorie; nicht nur, weil unsere Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme unterschiedlicher Art sind, sondern auch, weil unsere politischen und wirtschaftlichen Kontakte hier unauflöslich mit unserer Sicherheit verflochten sind. Die beiden Dinge gehen zusammen.

Bei diesen Beziehungen ist es eine unabdingbare Voraussetzung, daß Westeuropa seinen Dialog mit dem Osten aus der Sicherheit einer intakten nordatlantischen Allianz heraus führt. Es ist die gemeinsame Politik des Vereinigten Königreiches und der Bundesrepublik wie auch all unserer übrigen NATO- und EG-Partner, auf eine Lockerung der Spannung und auf eine Zunahme des gegenseitigen Vertrauens und der Zusammenarbeit in Europa hinzuwirken. Wie ich bereits sagte, hat die Europäische Gemeinschaft einen bedeutenden Beitrag zu diesem Ziel geleistet aufgrund ihres Zusammenhalts während aller Stadien der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE).

Doch solange die Sowjetunion und ihre Verbündeten einen so großen Teil ihrer Ressourcen auf die Rüstung verwenden, muß es parallel zur Entspannung ein angemessenes Maß an Verteidigungskapazität geben, das zur Abschreckung ausreicht.

In den letzten Jahren hat die Sowjetunion, zusätzlich zu ihrem derzeitigen zahlenmäßigen Übergewicht gegenüber der NATO an Mannschaftsstärke und konventionellen Waffen in Mitteleuropa, annähernde Parität in strategischen Nuklearwaffen mit den Vereinigten Staaten erreicht und darüber hinaus in raschem Tempo ihre Marine ausgebaut sowie ihr Luftwaffen- und Raketen system verbessert.

Die Sowjetunion ist heute eine Supermacht wie die Vereinigten Staaten. Vor diesem Hintergrund bekräftigt die britische Regierung ihre uneingeschränkte Festlegung auf das Nordatlantische Bündnis.

Ich frage mich oft, wenn ich einige der bissigen Bemerkungen höre, daß Großbritannien in Europa auf der Stelle trete, ob die Kritiker dabei je daran denken, daß seit mehr als 25 Jahren deutsche und britische Soldaten als Mitglieder des Nordatlantikpaktes gemeinsam die Verantwortung dafür tra-

gen, Westeuropa als einen friedlichen und demokratischen Lebensraum zu erhalten.

Es kann für kein Land eine festere Verpflichtung auf Europa geben als die Verpflichtung, die mein Land eingegangen ist, nämlich wie wir es getan haben, einen Großteil unserer Kampfstärke in Heer und Luftwaffe auf die Verteidigung deutschen Bodens zu konzentrieren und unsere Soldaten und die Angehörigen unserer Luftwaffe in der Bundesrepublik zu stationieren.

Es ist eine Verpflichtung, die wir in guten wie in schlechten Zeiten honорieren, und als ehemaliger Schatzkanzler darf ich hinzufügen, daß es finanziell ein sehr kostspieliges Unterfangen ist.

Ich weiß, daß die Führer der Bundesrepublik dies erkennen und schätzen, doch zuweilen frage ich mich, ob Großbritanniens lautstarke Kritiker sich der tiefen Bedeutung dieses freiwilligen Aktes der Interdependenz bewußt sind.

Erörterungen über die Zukunft der Gemeinschaft sind wichtig, und wir werden unseren uneingeschränkten Beitrag dabei leisten, aber die Rhetorik in Brüssel und andernorts sollte nicht die Realität dessen übersehen, was Großbritannien getan hat und weiterhin tun wird. Die europäische Einheit ist immer noch ein Zukunftsbild, doch unsere gemeinsame Verteidigungsanstrengung trägt dazu bei, für uns alle heute ein Gefühl der Sicherheit zu schaffen, und bietet uns die sichere Gewißheit, daß wir in der Lage sein werden, diese Einheit auch morgen noch zu erörtern.

Darüber hinaus stehen wir zusammen mit unseren Verbündeten von ganzem Herzen zu jenem Symbol der freien Welt, Berlin. Eine Verpflichtung, die ich gestern und heute in jener Stadt selber mit Freuden bekräftigen konnte. Berlin ist in den letzten Jahren aus den Schlagzeilen verschwunden (und ich glaube nicht, daß dies notwendigerweise für Berlin schlecht ist, vorausgesetzt, wir vergessen es nicht), aber die Situation dort bleibt ein entscheidendes Element und ein Prüfstein der Entspannung in Europa – und das werden wir nicht vergessen.

Keine der beiden Seiten kann sich mit einer Situation zufriedengeben, in der so viele unserer Ressourcen in Rüstung und Mannschaftsstärke gebunden sind. Daher müssen wir erneute Bemühungen daransetzen, die Wiener Gespräche über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen (MBFR) zu einem Erfolg zu führen. Die nächste Verhandlungsrunde beginnt am 26. Januar.

Bis dahin, so hofft man, wird die Sowjetunion Zeit gehabt haben, die bedeutenden Zusatzvorschläge zu prüfen, die im Dezember von der NATO vorgelegt wurden. Ich möchte heute hier nicht in Details eingehen, da wir immer noch auf die Antwort der Sowjetunion warten. Doch wenn dieses Angebot eine konstruktive Reaktion bringt, dann, glaube ich, werden wir in der Lage sein, einen weiteren Schritt in Richtung auf die Verwirklichung des erklärten Ziels der Konferenz zu tun, nämlich „zu einem stabileren Verhältnis und der Stärkung des Friedens und der Sicherheit in Europa beizutragen“.

Es wäre unklug anzunehmen, daß wir zwischen Ost und West weitere wesentliche Fortschritte in anderen Punkten erzielen könnten, wenn Fragen der beiderseitigen und ausgewogenen Abrüstung in einem absoluten Patt bleiben sollten. Daher suchen wir nach Fortschritten nicht nur im Rahmen der Gespräche über die Reduzierung der Rüstungen, sondern auch in den sowjetisch-amerikanischen Gesprächen über strategische Rüstungszentren (SALT II), und morgen werden Herr Genscher und ich und andere Außenminister nach Brüssel reisen, um dort von Herrn Dr. Kissinger die Ergebnisse seiner jüngsten Erörterungen in Moskau, und natürlich auch in den Angelegenheiten der atomaren Kontrolle, zu erfahren.

Wo beide Seiten erkennen, daß ihre beiderseitigen Interessen parallel laufen, besteht die Möglichkeit, zusammenzuarbeiten. Großbritannien und die Sowjetunion haben genau dies bei den Vorbereitungen für die letzjährige Konferenz getan, die sich mit der Überprüfung des Non-Proliferationsvertrags befaßte.

Diese Zusammenarbeit resultierte aus der Erklärung über die Nichtweitergabe von Nuklearwaffen, die im Februar 1975 von

Premierminister Wilson und mir während unseres Moskau-Besuchs unterzeichnet worden war. Die britische Regierung hat auch Vorschläge unterbreitet, um die Risiken der Proliferation zu verringern, die der wachsende Bedarf an Kernkraft mit sich bringt.

Im September befaßte ich mich in meiner Rede vor der UN-Vollversammlung auch mit diesem Thema. Ich erklärte, der Besitz einer Uran-Anreicherungs- oder Brennstoffaufbereitungs-Anlage sei ein wesentlicher Schritt in Richtung auf den Erwerb potentiell explosiven Kernmaterials. Um dieses Risiko und das daraus entstehende Mißtrauen zu verringern, schlug ich vor, die Internationale Atomenergie-Agentur zu dem Angebot zu ermächtigen, alle nuklearen Tätigkeiten in allen Staaten, die keine Kernwaffen besitzen, zu überwachen; nicht bloß in jenen, die derzeit Partner des Non-Proliferationsvertrages sind.

Die britische Regierung hat außerdem die Errichtung einer Beratergruppe innerhalb der Internationalen Atomenergie-Agentur befürwortet, deren Aufgabe es wäre, alle Aspekte von für friedliche Zwecke genutzten Nuklearsprengsätzen, darunter ihre möglichen wirtschaftlichen Vorteile, sowie die juristischen Gesichtspunkte und die Gefahren für Gesundheit und Sicherheit zu prüfen.

Großbritannien wird auch weiterhin ein waches Auge auf die Realitäten unserer Sicherheit haben, darüber braucht kein Zweifel zu bestehen, jedoch werden wir, ebenso wie wir alle es tun müssen, auf allen erdenklichen Ebenen und an allen erdenklichen Fronten nach Wegen für eine Abrüstung suchen, ohne dabei die Sicherheit des Bündnisses zu verringern.

Im Zusammenhang mit anderen Formen der Zusammenarbeit hat Generalsekretär Breschnew kürzlich davon gesprochen, daß europäische Kongresse oder internationale Konferenzen wünschenswert seien, um solche Fragen von gemeinsamem Interesse zu erörtern wie Umweltschutz, Verkehr und Energie. Die britische Regierung prüft diese Vorschläge in positivem Geiste, und wir werden sie zu gegebener Zeit mit unseren europäischen Partnern erörtern.

In diesen wie auch in Fragen des Handels und der technologischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den Ländern Osteuropas spricht vieles für ein koordiniertes Vorgehen, das durch die Gemeinschaft zu erreichen ist.

Ich weiß, daß sich die Sowjetunion gegenüber bestimmten Kontakten zwischen der Gemeinschaft und dem Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) in der Vergangenheit reserviert verhalten hat; aber ich fordere die Sowjetunion auf anzuerkennen, daß der „Koordinierungsreflex“ zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft, von dem ich früher gesprochen habe, ein neuer Faktor in der internationalen Politik ist. Ein Faktor, mit dem man rechnen muß und der uns eine Chance gibt, auf gleicherem Fuß mit der Sowjetunion zu reden, die sich selbst als eine Supermacht, eine Welt-Supermacht auf gleicher Stufe mit den Vereinigten Staaten, sieht.

Meiner Ansicht nach wäre es kurzsichtig, wollte man der Sowjetunion diese Rolle streitig machen, indem man versucht, sie von Schlüsselpflegesproblemen auszuklammern. Wir sollten uns vielmehr bemühen, ihre Macht in einem anhaltenden Prozeß von Verhandlungen auf allen Ebenen zu kanalisieren.

Ich glaube nicht, vor dem Hintergrund, von dem sowohl Sie wie wir ausgehen, daß die Sowjetunion unsere Verhandlungsbereitschaft als Schwäche auslegen wird. Weit gefährlicher wäre eine Sowjetunion, die von einer – wie sie es sieht – durch große Opfer rechtmäßig erworbenen Rolle ausgeklammert wäre und die deshalb mehr zur Instabilität als zu friedlichen Lösungen beitrüge.

Dennoch muß der Entspannungsprozeß noch erheblich weitergeführt werden, ehe er als fest etabliert gelten kann. Beispielsweise dauert trotz der verbesserten Atmosphäre zwischen den Staaten, die sich aus dem Abkommen von Helsinki ergab und in dessen Unterzeichnung gipfelte, die Propaganda-Schlacht unvermindert an. In der ideologischen Auseinandersetzung gibt es keinen Waffenstillstand.

Ich stelle die Frage, ob eine aktive Festlegung auf einen weltweiten ideo-logischen Kampf mit den wahren Interessen und dem Wohlergehen des sowjetischen Volkes in Einklang zu bringen ist.

Es ist eine objektive Tatsache, daß die Geschehnisse in Angola das Vertrauen erschüttert und jenen eine neue Chance gegeben haben, die gegen die Entspannungspolitik sind.

Das ist ein schwerer Fehler, der jedoch noch nicht irreparabel ist, die Erkenntnis vorausgesetzt, daß die langfristigen Aussichten für einen Abbau der Spannung und für den Weltfrieden in hohem Maße von der Etablierung eines Prozesses anhaltender Verhandlungen auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gegenseitiger Achtung abhängen

Lassen Sie mich zusammenfassen – und ich bin Ihnen für Ihr geduldiges Ausharren dankbar. Die beiden letzten Jahre haben uns erkennen lassen, daß wir in einer interdependenten Welt leben. Für Westeuropa bedeutet das enge und konstruktive europäisch-atlantische Beziehungen. Unter dem Blickwinkel der Verteidigung gesehen, ist die Präsenz amerikanischer Streitkräfte für die Sicherheit Westeuropas von entscheidender Bedeutung. In weltwirtschaftlicher Hinsicht ist engste Zusammenarbeit zwischen Europa und Nordamerika erforderlich, um einen raschen und geordneten wirtschaftlichen Aufschwung aus der Rezession zu sichern.

In diesem Zusammenhang möchte ich eine solche Zusammenarbeit um einen dritten Partner erweitern, insofern als auch Japan voll in eine koordinierte Anstrengung der industrialisierten westlichen Welt einbezogen werden muß zur Bekämpfung der Übel Inflation, Arbeitslosigkeit und Rezession.

Die Zusammenarbeit zwischen Europa und seinen bedeutenderen Industriepartnern ist ein Erfordernis schlichter Vernunft. Ebenso ist es vernünftig, wenn die Gemeinschaft den Entwicklungsländern gegenüber die Bereitschaft zeigt, sich mit ihren Problemen, ihrer Armut und ihren Bestrebungen auseinanderzusetzen.

Wir haben einen guten Anfang gemacht mit dem Abkommen von Lomé – dem bei weitem fortschrittlichsten Hilfs- und Handels-Paketabkommen, das heute zwischen einer hochindustrialisierten Region und einem großen Teil der Dritten Welt besteht.

Auch auf der letzten Sondersitzung der Vereinten Nationen, der siebten Sondersitzung, hat die Gemeinschaft gut zusammengearbeitet. Diese Leistung war zum einen der wachsenden Gewohnheit der Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten – wiederum dem „Koordinierungsreflex“ in Aktion – zu verdanken, zum anderen, so hoffe ich, der durch die britische Regierung geleisteten Vorausbereitung, indem sie auf der Konferenz der Commonwealth-Premierminister in Kingston ihre Initiative über die künftige Behandlung der Rohstoffe darlegte.

Engere Bindungen zwischen den Neun und den 35 Mitgliedern des Commonwealth werden von Großbritannien gefördert. Sie erweitern Europas Außenbeziehungen um eine neue und, wie Sie sicherlich glauben werden, eine neue und willkommene Dimension, wenn sie auch für Großbritannien natürlich eine größere und vertraulichere Bedeutung haben.

Der „Koordinierungsreflex“ ist in politischen wie in wirtschaftlichen Fragen gleichermaßen wichtig. Wir alle akzeptieren, daß der große Wandel seit dem Ende des zweiten Weltkriegs darin besteht, daß die alten Nationalstaaten Europas relativ an Fähigkeit eingebüßt haben, im Alleingang das Weltgeschehen zu bestimmen.

Unsere Nationalstaaten besitzen jedoch weitreichende Erfahrungen und Kenntnisse in bezug auf zahlreiche Probleme und Bereiche der Welt. Wenn wir, durch gemeinsames Handeln, mit unserem kollektiven Fachwissen zur Lösung einiger schwieriger Probleme beitragen können, so kann dies für die Welt nur von Vorteil sein.

In der Weltpolitik wird die „Gemeinschaftsposition“ zunehmend erkannt und respektiert. Ob das Problem Demokratie in Portugal, Menschenrechte in Chile oder Frieden in Angola heißt – die Gemeinschaft kann durch gemeinsames Handeln viel mehr Einfluß ausüben, als es jeder von uns durch

getrenntes Handeln könnte.

So sehe ich also die Schaffung des Europas von morgen, und ich fühle mich durch die Feststellung ermutigt, daß Herr Tindemans viele dieser Ansichten teilt. Ihrem innersten Wesen nach muß unsere Europäische Gemeinschaft nach außen auf die Welt gerichtet sein und ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß nutzen, um den Frieden, die Expansion des Welthandels sowie eine echte und greifbare Unterstützung der Armen in der Welt zu fördern.

Die Gemeinschaft muß sich darüber hinaus in enger Zusammenarbeit mit den übrigen demokratischen Staaten Westeuropas für eine wachsende Kooperation der Menschen Europas einsetzen und bereit sein, den Dialog mit dem Osten zu vertiefen und zu erweitern.

Das Europa von morgen wird eine enge Arbeitsgemeinschaft mit den Vereinigten Staaten und Japan als gemeinsamen Garanten des Wohlstands der Welt bilden müssen.

Es wird ein Europa sein, in dem die Gemeinschaft sich bemühen wird, in den auswärtigen Beziehungen, wo immer dies möglich ist, mit einer Stimme zu sprechen und auf diese Weise ihren politischen Einfluß zu verstärken.

Der innere Zusammenhalt der Gemeinschaft ist bereits unter Beweis gestellt worden. Die Liste der Vorschläge, über die wir jetzt zu entscheiden haben, mag dem Pragmatiker mehr zusagen als dem Idealisten.

Ich verlange von dem Idealisten nicht, seinen Glauben aufzugeben, doch wenn er an diese Probleme, diese wirklichen Probleme, die das Wohlergehen unserer Menschen Tag für Tag beeinflussen, wenn er an diese Probleme ohne Ungeduld und mit dem Wunsch, praktische Lösungen zu finden, herangeht, wird er zu seiner eigenen Überraschung vielleicht sogar feststellen, daß er weiter gelangt ist, als er es für möglich gehalten hätte. Und ohne darauf zu warten, daß die Zukunft zu uns kommt, werden wir die Gemeinschaft stetig dazu ausrüsten, den Herausforderungen von morgen im Interesse aller unserer Menschen und der übrigen Welt jenseits unserer Grenzen zu begegnen.

Ich danke Ihnen sehr.

